

„Industriestandort unter Druck – Stahlpolitik für Deutschland und Europa“

Die Stahlindustrie gehört zum Fundament der industriellen Wertschöpfung in Deutschland. Sie ist Voraussetzung für die Unabhängigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der stahlverarbeitenden Branchen und damit unverzichtbar für den Wohlstand in unserem Land. Vor dem Hintergrund veränderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen ist sie außerdem für die Resilienz Deutschlands und Europas unverzichtbar. Stahl ist Grundstoff für nahezu alle Wertschöpfungsketten – einschließlich der Bereiche Verteidigung, Infrastruktur, Bau und Energieversorgung. Die deutsche Stahlindustrie ist systemrelevant für unsere Wirtschaftskraft und unseren Alltag und damit unverzichtbar für den Staat.

Aufgrund der europäischen und nationalen Klimaschutzziele und der damit verbundenen klimaneutralen Transformation steht die deutsche Volkswirtschaft – und die Stahlindustrie im Besonderen – vor gewaltigen Herausforderungen.

Zugleich hat sich das wirtschaftliche Umfeld in den letzten Jahren dramatisch gewandelt. Durch eine langanhaltende wirtschaftliche Stagnation, massiv gestiegene Energiekosten und einen zunehmend härteren Wettbewerb mit Ländern, die eine aggressive Industriepolitik betreiben, in Verbindung mit enormen Billigimporten aus Asien stehen die Stahlunternehmen in Deutschland gegenwärtig vor existenziellen Herausforderungen.

Nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Stahl ist die Rohstahlproduktion im ersten Halbjahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um fast 12 Prozent weiter eingebrochen. Noch besorgniserregender ist der Blick auf die langfristige Entwicklung: Während die weltweite Stahlnachfrage in den letzten 15 Jahren um über 30 Prozent gestiegen ist, ist die Rohstahlproduktion hierzulande um 15 Prozent zurückgegangen. Diese Entwicklung zeigt den alarmierenden Zustand unseres Industriestandorts. Die De-Industrialisierung Deutschlands ist in vollem Gange, und Carbon Leakage ist kein Drohszenario mehr, sondern findet statt.

Vor dem Hintergrund der klimaneutralen Transformation arbeiten die Unternehmen der Hochofenroute mit Hochdruck daran, ihre Produktion auf eine CO₂-arme Stahlherstellung umzustellen. Mit dem Projekt „Power4Steel“ setzt die SHS – Stahl-Holding-Saar mit ihren Beteiligungen Dillinger, Saarstahl und ROGESA (SHS-Gruppe) das größte Dekarbonisierungsprojekt in Europa um.

Im Unterschied zur Hochofenroute sind Elektrostahlwerke wie die Badische Stahlwerke GmbH in Kehl oder die Stahlwerk Bous GmbH bereits heute in der Lage, CO₂-armen Stahl durch den Einsatz von Schrott in Verbindung mit grünem Strom herzustellen.

Beiden Routen ist gemeinsam: Die Stahlunternehmen werden nur dann eine Chance am Industriestandort Deutschland haben, wenn dieser schnellstmöglich wieder international wettbewerbsfähig wird. Dazu gehören verlässliche politische Rahmenbedingungen, wie z.B. wettbewerbsfähige Energiepreise, ein wirksamer Außenhandelsschutz und eine öffentliche Beschaffung, die emissionsarme heimische Produktion gezielt stärkt.

Zentrale Herausforderungen

- Hochsubventionierter Billigstahl, v.a. aus Asien und Russland (→ kaum Umwelt- und Sozialauflagen, niedrige Lohnkosten)
- Energiepreise: International nicht wettbewerbsfähig; Deutschland orientiert sich an politischer Machbarkeit statt an globaler Konkurrenzfähigkeit
- Bürokratie: Überbordende Berichtspflichten und Regulierungen (u.a. CO₂-Regelwerk)
- Konjunkturschwäche: Nachfrageeinbruch und globale Strukturkrise
- Steigende Nachfrage nach Qualitätsstahlschrotten

Politische Forderungen

1 Außenhandelsschutz

- Nachfolgemodell für EU-Safeguards (bis 30.06.2026 befristet): Einführung des 50%-Stahlsolls beschleunigen und Katalog der zu schützenden Stahlgüter erweitern
- Zusätzliche Einführung klassischer Einfuhrzölle für Stahl, analog zur Automobilindustrie
- Russische Brammen-Importe sofort vollständig sanktionieren (aktuell Ausnahme bis 2028)

2 Energiepreise

- Strompreise unter ≤ 4 ct/kWh für die energieintensive Industrie, Netzentgelte für energieintensive Betriebe auf den Stand vom 1.1.2023 dauerhaft deckeln
- Staatliche Entlastung bei Übertragungsnetzentgelten entfristen
- Prozessnahe Industriekraftwerke fördern (ohne verpflichtenden H₂-Einsatz)

3 Leitmärkte für emissionsarmen Stahl

- Klimafreundlichkeit bei öffentlichen Vergaben: Öffentliche Ausschreibungen müssen emissionsarme Grundstoffe aus Deutschland und der EU vorgeben
- Europaweite Einführung von LESS (Low Emission Steel Standard) zur transparenten Klassifizierung von CO₂-armen Stählen und zur Entwicklung grüner Leitmärkte (WV Stahl)
- Anreize für B2B-Initiativen in Schlüsselsektoren (Bau, Automobil, Maschinenbau) für grünen Stahl

4 Bürokratieabbau auf nationaler und europäischer Ebene

- EU-weit 25 % weniger Berichtspflichten
- Berichtspflichten auf tatsächlich relevante, dauerhaft genutzte Informationen beschränken
- „One in, two out“-Prinzip – d.h. für jedes neue Gesetz zwei alte abschaffen

5

Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)

- CBAM in aktueller Form unzureichend – schützt nicht vor Carbon Leakage
- Forderung nach:
 - Ausweitung des Anwendungsbereichs auf weiterverarbeitete Stahlprodukte der nachfolgenden Wertschöpfungsketten zur Vermeidung der Umgehung des CBAM
 - Bekämpfung von ‚Ressource Shuffling‘ (Verschieben von emissionsärmeren Produkten oder Produktionsanteilen innerhalb eines Konzerns oder über Standorte hinweg)
 - Exportlösung: Rückerstattung der Kosten für CO₂-Zertifikate bei Verkäufen außerhalb Europas (EU-27)

6

Hochlauf des Wasserstoffmarkts

- Akzeptanz auch von Erdgas & blauem Wasserstoff als Übergangslösung
- Schneller Aufbau einer H₂-Infrastruktur (Kernnetz, Speicher, Importterminals)
- Europäische Regulierung verschlanken: Gleichzeitigkeit und Zusätzlichkeit aufheben
Grüner Wasserstoff muss derzeit aus neu errichteten EE-Anlagen stammen, der zeitlich und regional eng mit den Elektrolyseuren gekoppelt ist → treibt Kosten und hemmt Ausbau
- Wasserstoff aus Kernenergie als klimaneutralen RFNBO anerkennen
- Staatliche Absicherungen für H₂-Lieferverträge über Bürgschaften und Garantien einführen
- Bürokratische Hürden auf Basis von RED II, RED III und deren delegierte Rechte abbauen

7

Schrottmärkte absichern

- Konsequente Anwendung der Europäischen Abfallverbringungsverordnung
- Stahlschrott darf nur in außereuropäischen Stahlwerken eingesetzt werden, wenn diese den europäischen Vorgaben genügen
- Wiederaufbau einer europäischen Recyclingindustrie, um mindere Stahlschrotte aufbereiten zu können

Annex

Zusatzinformation zum Projekt „Power4Steel“

Das saarländische Projekt „Power4Steel“ der SHS – Stahl-Holding-Saar mit ihren Beteiligungen Dillinger, Saarstahl und ROGESA (SHS-Gruppe) ist das größte Dekarbonisierungsprojekt in Europa.

Mit dem Bau einer Direktreduktionsanlage (DRI-Anlage) und zwei Elektrolichtbogenöfen (EAF) an den traditionsreichen Stahlstandorten in Dillingen/Saar und Völklingen stellen die beteiligten Unternehmen ihre Produktion schrittweise von der kohlebasierten Hochofenproduktion auf die wasserstoffbasierte Stahlerzeugung um. Unter Verwendung erster Wasserstoffmengen und von Stahlschrott ermöglichen die Anlagen eine Reduktion der CO₂-Emissionen um bis zu 55 % bis Anfang der 30er-Jahre. Damit sind diese saarländischen Stahlhersteller die einzigen Unternehmen, die bereits im ersten Schritt das EU-Klimaziel „Fit for 55“ bis 2030 erreichen können, wenn die entsprechende Infrastruktur und Wirtschaftlichkeit gegeben sind. Die Inbetriebnahme ist für 2028/29 vorgesehen. Der Einsatz von Gas ist dabei ein notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zur CO₂-armen Stahlproduktion, bis ausreichend Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen verfügbar ist.

Die Gesamtinvestitionssumme für den Umbau auf eine „grüne“ Stahlproduktion einschließlich Umfeldgestaltung, Infrastruktur- und Logistikmaßnahmen beträgt rund 4,6 Mrd. Euro. Für dieses zukunftsweisende Projekt erhalten die Unternehmen eine Förderung von Bund und Land in Höhe von 2,6 Mrd. Euro; die Restfinanzierung liegt bei den Unternehmen selbst.

Die SHS-Gruppe verfolgt konsequent das Ziel einer klimaverantwortlichen Produktion im Saarland. Damit legt sie zugleich das Fundament für eine künftige Wasserstoffwirtschaft in der Großregion und sichert damit die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Saarland.

Zusatzinformation zu den Herausforderungen für die Elektrostahlroute

Die schrottbasierte Elektrostahlproduktion ist bereits heute ein zentraler Pfeiler einer CO₂-armen Stahlindustrie und schließt den Stoffkreislauf Stahl im Sinne der Circular Economy. Dennoch steht auch sie vor erheblichen Herausforderungen auf dem Weg zur vollständigen Dekarbonisierung.

Kernproblem ist die Sicherung von Energie- und Rohstoffverfügbarkeit zu wettbewerbsfähigen Preisen. Die Elektrostahlwerke sind auf große Mengen grünen Stroms angewiesen, dessen Anteil im Energiemix deutlich ausgebaut werden muss. Gleichzeitig ist die Verfügbarkeit von hochwertigem Stahlschrott begrenzt. Mit Voranschreiten der Transformation der Unternehmen der Hochofen-Route, wird die Verfügbarkeit von hochwertigem Stahlschrott von wachsender Bedeutung werden. Daher müssen die Recyclingstrukturen sowie Aufbereitungs- und Sortieranlagen gezielt gefördert werden, um wenigstens ein Teil der fehlenden Schrottmengen decken zu können. Auch grüner Wasserstoff wird zeitnah benötigt, um Hochtemperaturprozesse in Walzwerken und in der Wärmebehandlung zu ermöglichen. Auf Grund der steigenden CO₂-Kosten wird Erdgas deutlich teurer werden, so dass hier Alternativen geschaffen werden müssen. Dafür ist ein verlässlicher Zugang zur Wasserstoffinfrastruktur an den Standorten der Elektrostahlwerke sicherzustellen.

Zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit ist ein wirksamer Außenhandelsschutz unabdingbar, um Billigimporte von Langprodukten und weiterbearbeiteten Halbzeug, insbesondere aus Asien, zu verhindern.